23.–25.3.17

DIE JETZTZEIT DER MONSTER

WHAT COMES AFTER NATIONS?

Boaventura de Sousa Santos: **Was wird aus unseren Nationalstaaten? Ein Gespräch** · Cemil Aydin: **Das verlorene Erbe der kosmopolitischen Großreiche** · Slavenka Drakulić: **Wahrheit und Gerechtigkeit. Ein Gespräch** · Antony T. Anghie: **Das Maß der Zivilisation** · Sandro Mezzadra: **Kampfgebiet**

Miniaturen von Kim Rygiel, Ramzi Kassem und Brigitta Kuster, mit einem Gedicht von Ann Cotten und einer grafischen Arbeit von Christian Nyampeta

HKW
100 JAHRE GEGENWART
Haus der Kulturen der Welt

WAS WIRD AUS UNSEREN NATIONALSTAATEN?

Rana Dasgupta im Gespräch mit dem Soziologen Boaventura de Sousa Santos über den Nationalstaat in der Krise, den Mangel an alternativen Strukturen und die Konsequenzen

Rana Dasgupta: *Der Nationalstaat ist eine relativ junge Erfindung und zeigt doch schon viele Anzeichen der Krise. Welche Zukunft hat dieses System?*

Boaventura de Sousa Santos: Zuerst einmal muss man sehen, dass es den Nationalstaat nicht nur in einer einzigen Form gibt. Wir stellen ihn uns oft so vor, wie er in den Zentren der Ersten Welt entstanden ist. Doch in den Kolonien verlief diese Entwicklung ganz anders. Sie war geprägt von Gewalt, Raub und Verlust des Eigentums. Gearbeitet wurde häufig unter Zwang. Oft gab es keinen Unterschied zwischen Arbeits- und Strafrecht. Zur gleichen Zeit führten Europas Nationalstaaten die Sozialversicherung ein und erließen Schutzgesetze für Arbeiter*innen. Diese beiden Formen des Nationalstaats haben ganz verschiedene Ursprünge. Und ob sie eine gemeinsame Zukunft haben, wissen wir noch nicht. Dennoch spreche ich lieber von einer Verwandlung des Nationalstaats als von seinem Niedergang oder Ende. Denn er erlebt zurzeit eine Neuausrichtung. Er unterzieht sich gewaltigen Veränderungen, die bislang kaum Beachtung finden.

Was macht die Verwandlung des Nationalstaats aus?

In erster Linie hat der Wandel mit Märkten zu tun. Besonders in der europäischen Vorstellung war der Staat bisher ein System nichtkommerzieller Beziehungen. Er gewährte den Menschen marktfreien Zugang zu Dienstleistungen wie Gesundheitsvorsorge und Bildung. Doch heute macht er genau das Gegenteil. Der Staat ist der große Treiber der Privatisierung. Trump wird Obamacare abschaffen: 29 Millionen Menschen verlieren dann ihre staatlich finanzierte Krankenversicherung und müssen sich auf dem Markt umsehen. Der Staat selbst sorgt für seine eigene Aushöhlung, wie es der globale Kapitalismus allein kaum könnte.

Was macht das mit dem Staat?

Er wird „entförmlicht". Der mächtigste Staat der Welt wird inzwischen über Twitter regiert, wo Trump wesentliche Teile seiner Politik verkündet. Wo bleiben da Gesetze, Regulierungen, Verfassungsgrundsätze und der Kongress? Überkommene politische Prozesse verfallen, und gerechtfertigt wird dies mit dem Streben nach Bürger*innennähe. Der Staat ist jetzt ein „Kumpel". Trump twittert morgens, und schon ändern sich die Gesetze. Man nennt das Populismus, aber in Wirklichkeit ist es eine neue Art von politischem Handeln.

Sehen Sie andere Strukturen, die diese Verwandlung des Staats kompensieren könnten?

Ehrlich gesagt: nein. Eine Weltregierung gibt es nicht, das war eine Utopie der 1970er-Jahre. Damals wollte man Arbeiter*innen auf völkerrechtlicher Ebene zu ihrem Recht verhelfen, die auf nationaler Ebene entrechtet wurden. Aber daraus ist nichts geworden. Auch die Europäische Union konnte diese Hoffnung nicht erfüllen, denn inzwischen ist sie nur noch ein zwischenstaatliches Komitee für Neoliberalismus. Doch die Menschen, die von den Leistungen des Staats unmittelbar abhängen, sind immer noch da. Ein Beispiel ist die Obdachlosigkeit in den Vereinigten Staaten. Sollen wir uns auf die Gnade eines Bill Gates oder Mark Zuckerberg verlassen, um für Schutzunterkünfte zu sorgen? Nein. Aber der Staat sieht nicht nur tatenlos zu, sondern kriminalisiert die Obdachlosigkeit sogar. Er ist zum Feind und Unterdrücker derjenigen geworden, zu deren Schutz er einst gestaltet wurde.

Wie verhält sich diese Entwicklung zur Geschichte des modernen Staats?

Der Wohlfahrtsstaat wurde nicht von den Sozialisten eingeführt. Erfunden wurde er von Bismarck, der damit eine Revolution verhindern wollte. Unser Problem heute ist, dass der Kapitalismus seine Gegner nicht mehr fürchtet. Mit der Berliner Mauer stürzte nicht nur der Sozialismus, sondern auch die Sozialdemokratie. Der globale Kapitalismus ist heute ebenso furchtlos wie verantwortungslos. Das ist pure Selbstzerstörung, und zwar eine, die der Staat nach Kräften befördert.

Sind die neuen „starken Männer" in der Politik also nur eine Posse, die die tatsächliche Aushöhlung des Staates verschleiern soll?

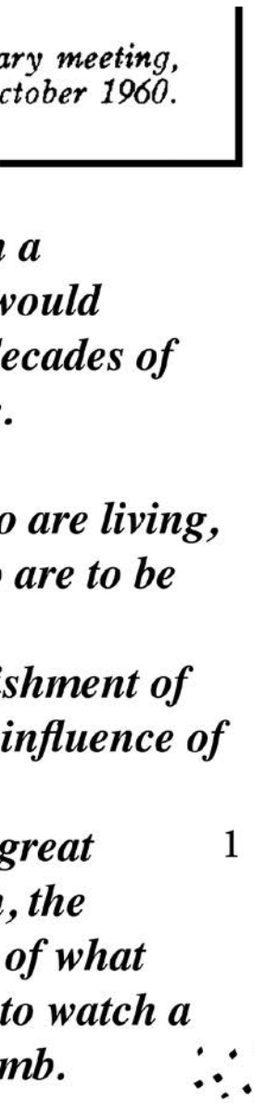
Mir scheint, sie sind eine Art Verschiebung der eigentlichen Widersprüche unserer Zeit. Die Menschen suchen nach sichtbaren Feinden. Sie glauben, die Aufgabe des Staats bestehe in erster Linie darin, Grenzen festzulegen und sie zu überwachen. Wenn sie Flüchtlinge sehen, haben sie den Eindruck, dass der Staat sie nicht ausreichend vor Fremden und Eindringlingen beschützt. Dass Europa diese Menschen tatsächlich braucht, spielt da keine Rolle. Und dass seine Staaten ihre Sozialversicherungen künftig nur finanzieren können, wenn 23 Millionen junge Menschen einwandern und auf dem Kontinent ein Arbeitsleben beginnen, wird nebensächlich. Denn Finanzmärkte sind unsichtbar, Flüchtlinge aber kann man sehen. Und so sind Letztere die Feinde. Der neue Nationalismus nährt sich aus der Fabrikation solcher Feinde. Die eigentliche Krise entzieht sich unserer Erkenntnis.

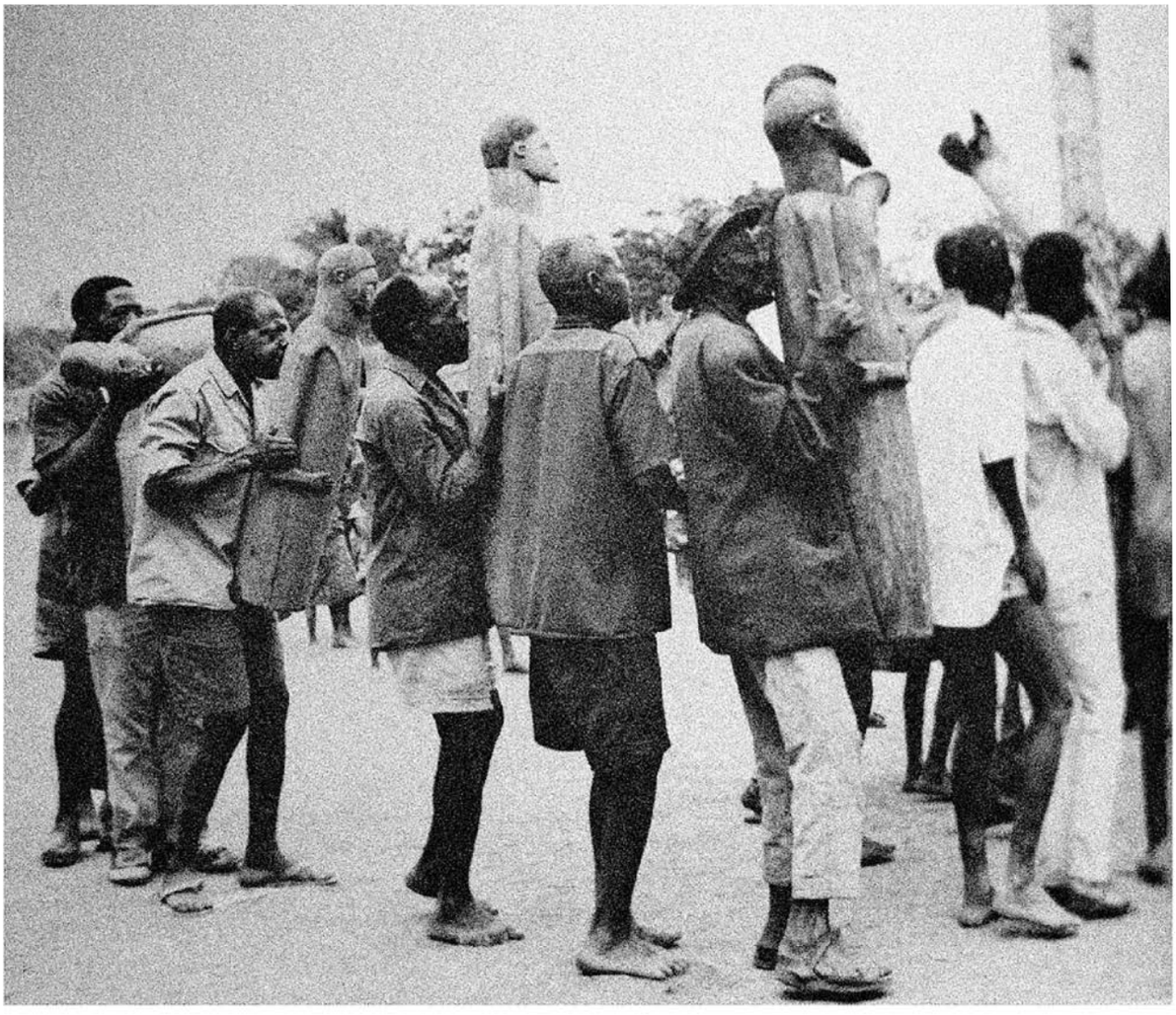
Was bedeutet dies für die Einzelne, den Einzelnen?

In aller Welt nehmen staatliche Investitionen in Militär, Polizei und Überwachung zu – und zwar selbst in Staaten, die angeblich so arm sind, dass sie kein Geld für soziale Fürsorge mehr haben. Wir haben uns längst an diese neuen Verhältnisse gewöhnt. Wir haben hingenommen, dass aus dem Staat, einst Instrument der Hoffnung, ein Mittel zur Steuerung der Furcht geworden ist. Deshalb ist es für Linke wie mich auch so schwierig, andere Wege aufzuzeigen.

Seit den US-amerikanischen Kriegen der letzten Jahre und dem „Arabischen Frühling" erleben wir in mehreren postkolonialen Staaten gewaltigen Aufruhr. Müssen wir uns auf noch mehr scheiternde Staaten einstellen?

Gescheiterte Staaten gibt es nicht. Es gibt nur Staaten, die zum Scheitern gebracht werden. Zum Beispiel Libyen und Syrien, die am globalen Kapitalismus und am





Der Künstler Christian Nyampeta hat eine grafische Arbeit für diese Beilage entwickelt, die im Mittelteil (S. 8 + 9) zu sehen ist. Die folgenden Seiten zeigen Ausschnitte daraus.

fortgesetzten Kolonialismus scheiterten. Zum einen wegen der Rohstoffe. Zum anderen, weil der ehemalige Staatschef Gaddafi Einigkeit als Mittel gegen den globalen Kapitalismus entdeckt hatte. Als Vorsitzender der Afrikanischen Union wollte er die afrikanischen Länder zu einem einzigen Staat mit eigener Währung vereinen. Hillary Clintons E-Mails sagen es klar und deutlich: Die USA mussten Gaddafi vernichten, weil er eine Bedrohung für den Dollar und den Euro darstellte.

Und was passiert, wenn ein Staat zerfällt? Zerfällt das System mit ihm?

Nein. Große Staaten erhalten scheiternde Staaten als Protektorate aufrecht. Wie in früheren Zeiten betrachtet Angela Merkel Griechenland als deutsches Protektorat, und es werden noch viele weitere Staaten in ähnliche Abhängigkeit geraten. Das ist nicht das Ende des Staatensystems. Aber es wird zu immer mehr und chaotischerer Gewalt führen.

Wie wird sich dadurch das Leben der Menschen ändern?

Wenn die Gemeinschaft uns als Individuen prägt und diese Gemeinschaft chaotischer, gewalttätiger, ungleicher, kolonialer und kapitalistischer wird, dann werden auch wir uns in diese Richtung verändern. Die Gesellschaft, nach der wir uns sehnen, wird es nicht geben. Wir werden Zuflucht in einer Über-Gesellschaft suchen: der Religion. Denn Religion ist eine sehr bequeme Art von „Gesellschaft“, in der man zwar zusammen, aber nur sehr lose miteinander verbunden ist. Man wird auf keinerlei Solidarität mit anderen verpflichtet. Und Steuern zahlt man in der Regel auch nicht. Historisch ist unser Begriff des Individuums übrigens die große Ausnahme. Den meisten Gesellschaften war die Gemeinschaft bislang wichtiger. Wir dagegen stellen alles in den Dienst der Autonomie des Einzelnen. Das wird nicht gut enden, weil das Individuum die Last unserer komplexen Gegenwart nicht allein tragen kann. Aber es gibt ja noch die Götter.

Boaventura de Sousa Santos ist Professor für Soziologie an der Universidade de Coimbra und Dozent an der University of Wisconsin-Madison. Er hat umfangreich zu Themen der Globalisierung und der Soziologie von Recht und Staat publiziert. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen gehört *If God Were a Human Rights Activist*. Er spricht am 24.3. und 25.3. darüber, wie neue demokratische Bewegungen mit dem Erbe der europäischen Idee des Nationalstaats umgehen und diskutiert zusammen mit Samar Yazbek den vermeintlichen Universalismus der Menschenrechte.

DAS VERLORENE ERBE DER KOSMOPOLITISCHEN GROSSREICHE

Der Historiker Cemil Aydin über die Folgen des Zerfalls von Vielvölkerstaaten und das Osmanische Kalifat als Symbol weltbürgerlicher Gesinnung

Wenn syrische Flüchtlinge heute über das gefährliche Meer zwischen der türkischen Küste und den griechischen Inseln setzen, um der Tyrannei Assads oder dem selbst ernannten Kalifat des so genannten IS zu entkommen, stehen sie damit in einer langen Tradition.

Von 1922 bis 1924 mussten etwa eine Million osmanische Griechen von Anatolien nach Griechenland übersiedeln. Sie flohen vor dem Krieg oder wurden zwangsumgesiedelt. Umgekehrt wurden Millionen Muslime, die plötzlich innerhalb der neuen Grenzen Griechenlands lebten, zwischen 1912 und 1924 gezwungen, in die Türkei auszuwandern.

Nach dem Ersten Weltkrieg propagierte US-Präsident Wilson homogene Nationalstaaten als Heilmittel gegen multiethnische und multireligiöse Staaten wie das Osmanische Reich. Doch sein Leitbild zerstörte das Leben von Millionen Menschen. Unzählige ethnische Säuberungen, Völkermorde und Zwangsumsiedelungen wurden in seinem Namen gerechtfertigt.

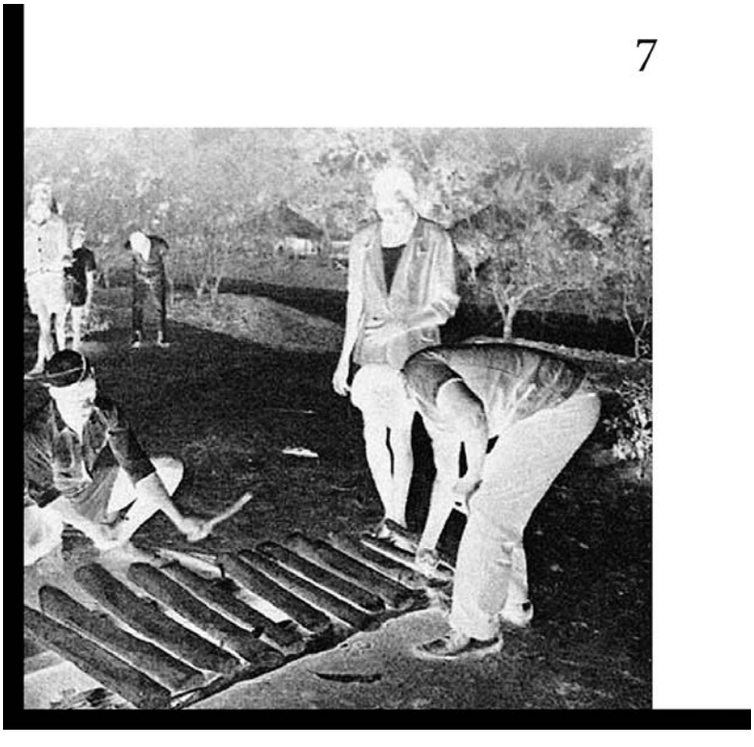
Der gegenwärtige Nationalstaat gilt unter anderem auch deshalb als unausweichlich, weil er das Monopol über bestimmte Kapitel der Geschichtsschreibung innehat. Nach nationalistischer Erzählung war beispielsweise Griechenland von je her eine kultivierte, weiße, christliche Nation, die unter der Herrschaft unterdrückerischer barbarischer, muslimischer und osmanischer Sultane litt. Demnach war nicht nur die Unabhängigkeit Griechenlands im Jahr 1830 unumgänglich, sondern auch die anschließende Entmischung der muslimischen und christlichen Bevölkerungen Griechenlands und der Türkei, die eine Trennung von den „anderen“ erzielte.

Ein ähnlich nationalistisches Geschichtsmonopol besteht in der Wahrnehmung des Osmanischen Kalifats. Dieses gilt vielen als Relikt ursprünglicher muslimischer Glaubens- und Gesetzespflichten, die der säkulare türkische Nationalismus beseitigt hat. Doch wie ist es dann zu erklären, dass beispielsweise indische Muslime, die niemals von Osmanen regiert wurden, auf dem Höhepunkt des europäischen Imperialismus ausgerechnet den osmanischen Kalifen ihre spirituelle Treue zusagten?

Indische Muslime fühlten sich vom Kalifat angezogen, jedoch nicht, weil sie glaubten, dass dieses Nicht-Muslime unterdrückte. Vielmehr betonten sie, dass die Regierung in Konstantinopel Juden, Griechen und Armenier zu Ministern und Botschaftern ernannte, während das britische Empire in Indien alle höheren Verwaltungsposten weißen Christen vorbehielt. Das Kalifat wurde zum Sinnbild aufgeklärter Verhältnisse. Loyalistische indische Muslime kritisierten den Rassismus des Empires, stellten dessen Legitimität aber nicht grundsätzlich infrage.

Es liegt genau ein Jahrhundert zwischen 1914, als das Kalifat in Konstantinopel noch ein kaiserliches Weltbürgertum und Aufstiegsmöglichkeiten für alle symbolisierte, und 2014, als das selbst erklärte Kalifat in Mossul zum Inbegriff von Ausgrenzung, Gewalt und Unterdrückung der Minderheiten wurde. Dieses Jahrhundert des Nationalismus und der Nationalstaaten verdient eine genaue Analyse. Wir müssen herausfinden, warum die Weltgemeinschaft so lange ein politisches System der strukturellen Gewalt und Ausgrenzung begünstigt hat. Zur Stärkung pluralistischer und offener Gesellschaften gilt es, die Weltgeschichte aus dem Gefängnis nationalistischer Geschichtserzählungen zu befreien.

Cemil Aydin lehrt Globalgeschichte an der University of North Carolina in Chapel Hill. Sein Forschungsgebiet umfasst u. a. die Geistesgeschichte des Nahen Ostens. Im April 2017 erscheint sein Buch *The Idea of the Muslim World: A Global Intellectual History*. Zum Auftakt von *Die Jetztzeit der Monster* spricht er am 23. und 24.3. über das Dilemma nationalstaatlicher Narrative und diskutiert mit Arjun Appadurai und Rana Dasgupta den Kosmopolitismus vergangener Imperien.



WAHRHEIT UND GERECHTIGKEIT

Ein Gespräch mit der Journalistin und Schriftstellerin Slavenka Drakulić über Nationalerzählungen, Völkerrecht und die Last der „offiziellen“ Geschichtsschreibung

Rana Dasgupta, Nanna Heidenreich, Katrin Klingan: *Steht der Staat des 21. Jahrhunderts für das Ende der Wahrheit und die Rückkehr der Mythen? Und endet Wahrheit nunmehr dort, wo die rhetorische Macht der Unwahrheit beginnt?*

Slavenka Drakulić: Sie meinen offenbar die gegenwärtigen Veränderungen in unserer postfaktischen Trump-Welt. Tatsächlich sieht es momentan so aus, als hätten alle Werte und sogar einige Wörter plötzlich eine andere Bedeutung. Das ist deprimierend, aber vielleicht auch nur kurzlebig. Wir wissen aus der Geschichte, dass ein einzelner Mensch gefährliche Prozesse anstoßen kann. Aber das Bewusstsein für diese Gefahr ist heute viel größer. Wenn Sie mich fragen: Auch in Trumps Amerika können sich Tatsachen und Vernunft immer noch durchsetzen.

Ist Wahrheit messbar? Und welche Maßstäbe haben wir heute, wenn es darum geht, legitime Begründungen oder Tatsachen zu beweisen?

Nun, in Srebrenica wurden die Leichen gezählt. Diese Zahlen sind Tatsachen. Sie sind Teil der Wahrheit über den Krieg in Bosnien und Herzegowina. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass Gerichte wegen Persönlichkeiten wie Trump die Definition eines Beweises ändern. Oder dass Beweise in nationalen oder internationalen Gerichtsverfahren künftig einen anderen Stellenwert haben als bisher. Es sei denn, es käme zu einem politischen Umsturz.

Und was hat die Wahrheit mit einer Geschichtsschreibung zu tun, die über Nationalerzählungen hinausgeht?

Wir wissen auch 20 Jahre nach den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien noch nicht, was genau geschehen ist. Die Bürger*innen der einzelnen Länder haben bis heute nichts als das, was früher „offizielle“ Geschichte hieß. Und diese war keine, da ihre Erzählung unmittelbar der Kommunistischen Partei unterstand. In den letzten beiden Jahrzehnten ist die Geschichte unter den Einfluss nationalistischer Ideologie geraten. Daneben existieren noch die Erinnerungen Einzelner, die oft im Widerspruch zur „offiziellen“ Geschichte stehen. Alle Versuche, beispielsweise Schulbücher aus einer objektiveren Sicht zu schreiben, sind gescheitert. Machthabern ist Ideologie lieber als reflektierte Geschichte; sie nutzen sie, um nationalistische Leidenschaften zu entfachen.

Was bedeutet es für völkerrechtliche Institutionen wie den Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien ICTY in Den Haag, wenn sie sich mit den Folgen nationalistischer Gewalt auseinandersetzen müssen?

Die Kapazitäten des Strafgerichtshofs waren beschränkt, seine Verfahren hatten wesentlich Symbolcharakter. Für mich liegt die größte Leistung des ICTY eher darin, dass er nach der Wahrheit über die Kriege in Bosnien, Kroatien und im Kosovo gesucht hat. Denn mit jedem Fall kam die Wahrheit ein Stück weit deutlicher zum Vorschein. Hätte man es den beteiligten Parteien überlassen, so gäbe es heute offiziell weder das Massaker von Srebrenica noch die Massenvergewaltigungen von Frauen noch die Bombardierung einer Brücke in Mostar.

Worin sehen Sie das größte Hindernis für Gerechtigkeit nach den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien?

Wir sprechen von Ländern, deren nationalistische politische Eliten meinen, ein Soldat, der seine Heimat verteidigt hat, könne kein Kriegsverbrechen begangen haben. Unter solchen Umständen kann sich eine unabhängige Justiz kaum entwickeln. Das größte Hindernis für die Gerechtigkeit ist, dass immer noch die „offizielle“ Geschichte und nicht die Wahrheit unseren Lebensalltag und unsere Rechtsprechung dominiert.

Slavenka Drakulić ist Autorin und Journalistin. In ihren Romanen, Erzählungen und Reportagen setzt sie sich ausführlich mit den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien auseinander. Am 24. und 25.3. spricht sie über die unterschiedlichen nationalen Wahrheitsansprüche im ehemaligen Jugoslawien und befragt zusammen mit Arjun Appadurai einen neuen Machismo in der globalen Politik.

DAS MASS DER ZIVILISATION

Der Experte für Internationales Recht Antony T. Anghie über einen zählebigen Gedanken, der das Völkerrecht bis heute prägt

Wie können wir in einer Welt voller kultureller Unterschiede allgemein verbindliche Verhaltensregeln aufstellen? Schon die frühesten Werke der antiken Geschichtsschreibung setzen sich mit dieser Frage auseinander. Herodot berichtet beispielsweise von den unterschiedlichen Bräuchen der Griechen und der Völker Asiens. Und auch in der heutigen Welt des Völkerrechts ist kulturelle Differenz noch ein wichtiges Thema. Wie der Name sagt, will es ein Recht für alle Völker sein. Doch welche Regeln und Grundsätze könnten für Gesellschaften unterschiedlicher Kulturen, Regierungsformen und Wertevorstellungen gelten?

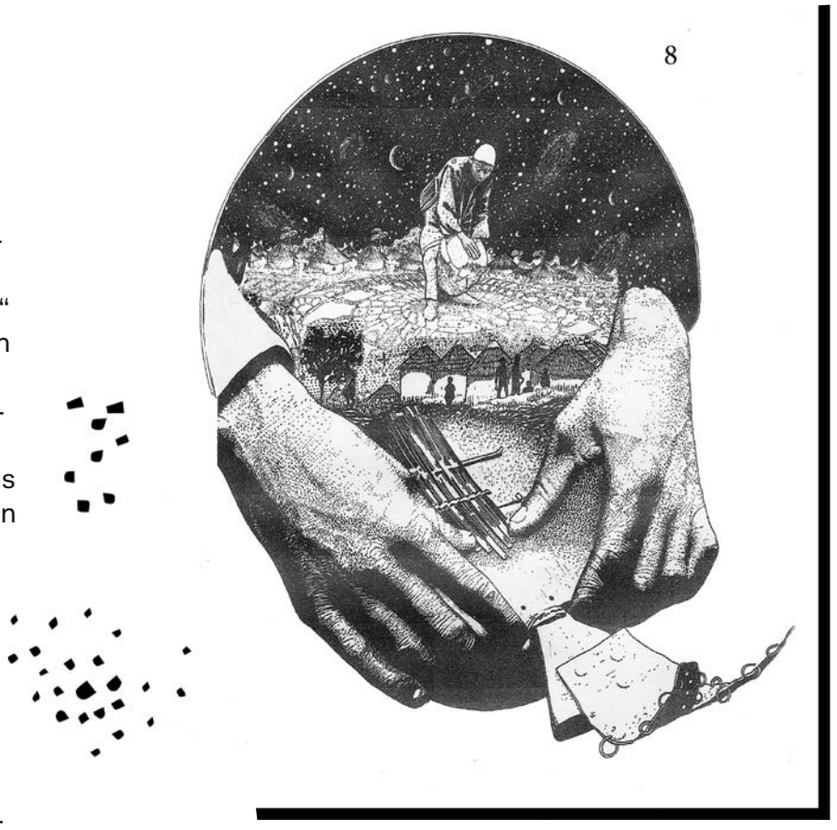
Im 17. und 18. Jahrhundert entstand das Völkerrecht unter der Annahme, dass es auf dem Naturrecht gründe und deshalb auf die gesamte Menschheit anwendbar sei. Doch bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatten Völkerkundler und Soziologen ausgefeilte Möglichkeiten gefunden, zwischen „zivilisierten“ und „unzivilisierten“ Staaten zu unterscheiden. Sie untersuchten die politischen Systeme, gesellschaftlichen Strukturen, Wirtschaft, Recht, Brauchtum und sogar Kunst und Literatur in und außerhalb Europas. Damit einher ging ein tief greifender Wandel im Völkerrecht. Dieses Recht war plötzlich nicht länger ein Recht „aller Völker“, sondern ausdrücklich ein Produkt europäischer Kultur und Geschichte. Europäische Normen wurden als allgemeine angelegt, und alle Gesellschaften hatten sich daran zu messen.

Völkerrechtler dieser Zeit – sämtlich Europäer – erklärten, ihr Recht sei nur auf Beziehungen zwischen „zivilisierten“ westlichen Staaten mit ähnlicher Rechtskultur anwendbar – selbst wenn die Länder sich in anderen Bereichen stark unterschieden. „Unzivilisierte“ Völker in Afrika und in den meisten asiatischen Ländern wurden als irrational herabgestuft. Es fehle ihnen an Vernunft und Sitte, um westlichen Normen auf den Gebieten des Handels, des Schutzes von Eigentum oder des Kriegsrechts zu entsprechen. Sie wurden daher aus dem Geltungsbereich des Völkerrechts ausgeschlossen und damit auch ihrer Souveränität beraubt. Ohne Souveränität konnten sie nicht an der Gestaltung des „allgemeinen“ Rechts mitwirken, unterstanden diesem aber als Objekte der Kontrolle. Beispielsweise hatten sie an der Formulierung der als bindend gedachten Regeln des „Freihandels“ keinen Anteil.

Zudem wurde jeder Widerstand nichtwestlicher Staaten gegen diese Regeln als Bruch elementarer Rechtsnormen und Kriegsgrund gewertet. So behaupteten die Briten Mitte des 19. Jahrhunderts, rechtmäßig Krieg gegen China zu führen, während die Chinesen versuchten, den zerstörerischen Opiumhandel in ihrem Land zu unterbinden. Ein noch extremeres Beispiel für den Ausschluss nichteuropäischer Völker als Rechtssubjekte war die Berliner Konferenz von 1884 – 85. Ohne die Teilnahme einer einzigen Afrikaner*in schuf sie den Rechtsrahmen für die wirtschaftliche Ausbeutung Afrikas und verhalf, um nur ein Beispiel zu nennen, Leopold II. von Belgien zur Herrschaft über das Kongobecken.

> „Die europäischen Staaten weigerten sich, Gesetze ‚unzivilisierter Staaten‘ anzuerkennen, und rechtfertigten die Gewalt der kolonialen Eroberung im Namen eines ‚Kulturauftrags‘.“

Einen so genannten „Zivilisationsstandard“ festzulegen, war nicht einfach. Europäische Staaten konnten zumindest nicht leugnen, dass Gesellschaften wie die chinesische oder japanische Hochkulturen waren. Also behaupteten sie, dass die betreffende Kultur anders als die europäische und daher nur halb zivilisiert sei.



Viele afrikanische Gesellschaften wurden dagegen als völlig wild eingestuft und damit zu Eroberungszielen erklärt.

Die europäischen Staaten nutzten vor allem zwei Verfahren zur Aufrechterhaltung dieser Unterschiede und widersprüchlichen Abstufungen. Erstens weigerten sie sich, Gesetze „unzivilisierter Staaten“ anzuerkennen. Sie erfanden juristische Strategien und Institutionen, die dafür sorgten, dass europäische Bürger und Kaufleute auch dann nur den europäischen Gesetzen unterstanden, wenn sie in außereuropäischen Ländern tätig waren. Zweitens brachte das europäische Völkerrecht unablässig neue Doktrinen und Institutionen zur „Zivilisierung“ der „Wilden“ hervor. Die Gewalt der kolonialen Eroberung wurde im Namen eines „Kulturauftrags“ gerechtfertigt.

Die Europäer behaupteten, dass außereuropäische Staaten Souveränität erlangen konnten, indem sie sich an den „Zivilisationsstandard“ hielten. Als Folge nahmen Länder wie Japan umfassende Änderungen ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, ihrer Armeen und politischen Systeme vor, um dem europäischen Modell zu entsprechen. Japan fand auf diese Weise allmählich Aufnahme in die europäische „Völkerfamilie“. Dass es in der Seeschlacht von Tsushima Russland vernichtend geschlagen hatte, war als erster Sieg eines asiatischen Staats über eine europäische Macht von entscheidender Bedeutung. Ein japanischer Diplomat soll daraufhin gesagt haben: „Wir erweisen uns als mindestens ebenbürtig in der wissenschaftlichen Menschenschlachterei, und mit einem Mal werden wir als zivilisierte Menschen zu Ihren Verhandlungstischen vorgelassen.“

> „Wenn mächtige internationale Institutionen ‚gute Regierungsführung‘ vorantrieben, förderten sie damit eine Globalisierung, die Ungleichheiten verschärft hat und heute zunehmend in die Kritik geraten ist.“

Mit der Entkolonialisierung und Verurteilung des Imperialismus verschwand der „Zivilisationsstandard“ weitgehend aus dem Wortschatz des Völkerrechts. Als analytischer Rahmen wurde er jedoch reproduziert: An die Stelle des Begriffspaars „zivilisiert“/„unzivilisiert“ traten die Gegensätze „entwickelt“/„unterentwickelt“, „liberal“/„illiberal“, „ziviler -“/„Schurkenstaat“. Und in allen Fällen entstanden Völkerrechtsdoktrinen, um die Lage vor Ort zu bessern, um aus unterentwickelten Staaten entwickelte zu machen, aus gescheiterten demokratische, oder um in „korrupten“ Gesellschaften für „gute Regierungsführung“ zu sorgen. Häufig waren diese „humanitären“ Unternehmungen von umfangreichen Gewalthandlungen begleitet. Und wenn mächtige internationale Institutionen „gute Regierungsführung“ vorantrieben, förderten sie damit eine Globalisierung, die Ungleichheiten verschärft hat und heute zunehmend in die Kritik geraten ist.

Die Grundregeln des Völkerrechts sind heute tatsächlich allgemeiner als zuvor, da sie mit Zustimmung aller Staaten, auch der afrikanischen und asiatischen, entstanden sind. Dennoch gibt es Forderungen, die Regeln zugunsten der neuen, als Terrorist*innen und Extremist*innen etikettierten „Barbar*innen“ zu ändern. Bemerkenswert am überkommenen „Zivilisationsstandard“ und am „Kulturauftrag“ ist, dass beide in wichtigen politischen Auseinandersetzungen und internationalen Initiativen nach wie vor eine große Rolle spielen. Doch könnten wir wirklich ohne sie auskommen? Es ist ja ohne Zweifel dringlich, Länder zu verurteilen, die die Menschenrechte grob verletzen oder die Weltordnung durch Krieg und Aggression bedrohen. Die Geschichte zeigt allerdings, dass zivilisatorische Normen zur Analyse komplexer globaler Probleme zu simpel sind. Oft bleibt umstritten, was als „unzivilisiert“ gilt und was nicht. Und schließlich sind die vermeintlich rechtlichen Mittel zur Durchsetzung „zivilisierter“ Verhältnisse oft selbst gewalttätig und destruktiv.

Antony T. Anghie ist Rechtswissenschaftler und Experte für Internationales Recht. Er lehrt an der National University of Singapore und forscht u. a. zur Globalisierung und Geschichte des internationalen öffentlichen Rechts. Am 23., 24. und 25.3. spricht er über internationale Rechtspraxis und die Asymmetrien innerhalb des internationalen Systems und diskutiert zusammen mit Susan George, wer die Welt mit welchem Ziel regiert.

1492 (XV). Admission of the Federation of Nigeria to membership in the United Nations

The General Assembly,

Having received the recommendation of the Security Council of 7 October 1960 that the Federation of Nigeria should be admitted to membership in the United Nations,[33]

Having considered the application for membership of the Federation of Nigeria,[34]

Decides to admit the Federation of Nigeria to membership in the United Nations.

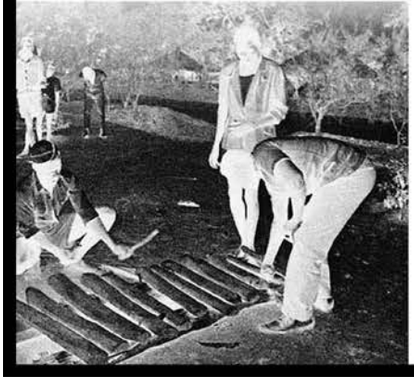
893rd plenary meeting,
7 October 1960.

A gift of nature was squandered on a battlefield. An imagination which would normally have had another three decades of creativity was offered as a sacrifice.

Art is a compact between those who are living, those who are dead, and those who are to be born.
Art owes to the ancestors the nourishment of prior achievement, the cumulative influence of past ages.
Art owes to its contemporaries the great experience of immediate revelation, the opportunity of being the first critic of what could be imperishable, the chance to watch a piece of eternity emerge from a womb.

1

7



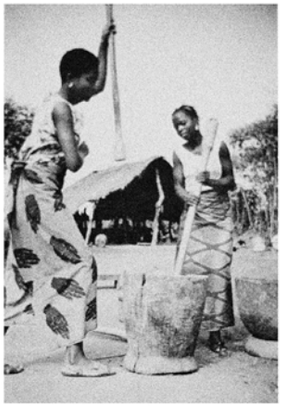
1–3. Ali A. Mazrui, *The Trial of Christopher Okigbo*, Heineman, 1971.

4–7. Francis Bebey, *African Music: A People's Art*, trans. Josephine Bennet, Lawrence Hill & Company, 1975; Photography by C. Duvele.

8. Francis Bebey, *Music for the Eye*, 1982.

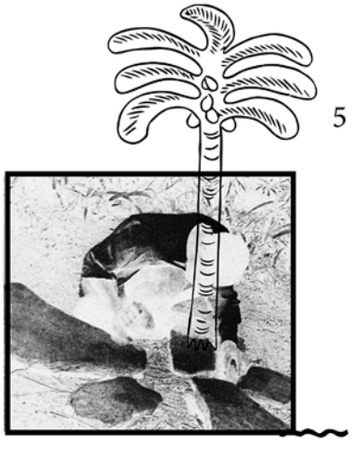
Forschung und Werk des Künstlers **Christian Nyampeta** befassen sich mit der Philosophie im Afrika südlich der Sahara und mit den Machtstrukturen der Welt. Als Doktorand des Visual Arts Department am Goldsmiths College, University of London, war Christian Nyampeta unter anderem an Forschungsprogrammen wie Another Roadmap im Africa Cluster, der Gwangju Biennale (2016) und der Jerusalem Show VIII (2016) beteiligt. Seine begehbare Installation im HKW erzeugt anhand von Dokumenten einen Zeitstrahl des internationalen Nationalstaatensystems und von dessen Rechtsrahmen. Die Arbeit versteht sich als Kommentar zu einer „Geschichte der Kontinuität" und ermöglicht gegenläufige Lesarten historischer Prozesse. Am 23. März gibt Christian Nyampeta Einblicke in seine Installation zu Chronologie und Geschichte der strukturellen Ungleichheiten und Asymmetrien im globalen System.

4



6

2 ***Art owes to future generations a connecting link between the cumulative accomplishments of the past and the emerging potential of the future.***
If an artist has to sacrifice him- or herself for anything, this should be the universal.
To die for the truth is martyrdom.
To die for knowledge is martyrdom.
To die for art is martyrdom.
But when a thinker or an artist dies for his or her nation, that is an indulgence.
The artist has put the politics of the nation before the eternal.



5

3

The artist may not have broken his or her contract with those already dead, but the artist has broken his or her contract with the living and with those who are to be born.
When a soldier dies for his or her nation, that might indeed be heroism.
When a thinker or creator dies for his or her nation, that is escapism. That is our case against Christopher Okigbo, newly deceased from Biafra.

8

KAMPFGEBIET

Der Politiktheoretiker Sandro Mezzadra über „Globalisierung von unten“, die Mobilität der Arbeitskraft und die Doppelbindung von Nation und Kapital

In einer Welt, die um Mobilität einen Kult treibt, ist Migration weiterhin Anlass hitziger Debatten und steht nicht selten im Zentrum tödlicher Konflikte. Flüchtende und Migrant*innen ertrinken im Mittelmeer oder sitzen entlang der „Balkanroute“ fest. Mord und Entführung, Ausbeutung, Vergewaltigung und Versklavung gehören zum Alltag auf den Routen der Migration, die von Zentralamerika über Mexiko bis zur befestigten Grenze der Vereinigten Staaten führen. All das sind nur einige Bilder mit hoher Symbolkraft dafür, wie hart und brutal derzeit in der Welt um das Sichern und Überschreiten von Grenzen gekämpft wird. Man könnte etliche weitere Schauplätze anführen, die nicht an der Bruchlinie zwischen dem „globalen Süden“ und dem „globalen Norden“ liegen.

Im Mittelpunkt dieser Konflikte stehen Menschen, die sich aufgemacht haben, eine Grenze zu überwinden. Doch auch jenseits der Grenzen ergibt sich kein friedlicheres Bild, dort, wo Migrant*innen bereits angekommen und sesshaft geworden sind. Das Gespenst des Rassismus verfolgt die Eingewanderten auf Schritt und Tritt. Die so genannte „Islamfeindlichkeit“ verstärkt vermeintliche „Zivilisationsgrenzen“ kolonialgeschichtlichen Ursprungs. Und eine Dynamik innerstädtischer Segregation begrenzt die räumliche Bewegungsfreiheit und die Aufstiegschancen der Betroffenen. Über Generationen werden sie das Stigma einer angeblichen kulturell bedingten Weigerung, sich zu „integrieren“, nicht los.

> „Manche hatten in den letzten Jahren mit einer ‚positiven‘ Wendung von Begriffen wie ‚Monster‘ und ‚Monstrosität‘ gespielt, um die Fragwürdigkeit der nationalen ‚Norm‘ deutlich zu machen. Inzwischen werden aber Migrant*innen umgekehrt und ganz unironisch von denjenigen zu Monstern abgestempelt, die sie aus dem Raum der Nation entfernen wollen.“

Migration ist seit Jahrzehnten eine Triebkraft der „Globalisierung von unten“ und stellt die nationalstaatliche Weltordnung infrage. Eine Herausforderung, die bisher nicht gerade wohlwollend angenommen wurde. Doch inzwischen hat der nationalistisch motivierte Widerstand gegen die Einwanderung in Europa und den USA eine neue Größenordnung erreicht. Er war wesentlich am Erstarken der neuen und alten Rechten beteiligt. Manche hatten in den letzten Jahren nach dem Beispiel von Gilles Deleuze und Félix Guattari mit einer „positiven“ Wendung von Begriffen wie „Monster“ und „Monstrosität“ gespielt, um die Fragwürdigkeit der nationalen „Norm“ deutlich zu machen. Inzwischen sind wir aber so weit, dass Migrant*innen umgekehrt und ganz unironisch von denjenigen zu Monstern abgestempelt werden, die sie aus dem Raum der Nation entfernen wollen.

Selbstverständlich überwinden Migrant*innen auch weiterhin Hindernisse und Grenzen, wenngleich unter zunehmender Gefahr. Einmal im Zielland angekommen, knüpfen sie Netzwerke und entwickeln kulturelle, gesellschaftliche und politische Strategien gegen Rassismus und Ausgrenzung. Dennoch treffen die Schläge der nationalistischen Milieus mittlerweile nicht nur das Leben derjenigen, die noch unterwegs sind, sondern auch diejenigen, die sich bereits angesiedelt haben.

Günstige Bedingungen für diese nationale Reaktion hat die Finanzkrise von 2007/2008 geschaffen. Der Zusammenhang ist kaum zu übersehen, ganz gleich, ob man Faktoren wie den Terrorismus oder das Wiederaufleben der Religion betrachtet. Das legt nahe, die Migration unter dem Gesichtspunkt der „Arbeitskräftemobilität“ und ihrer Bedeutung für den Kapitalismus zu betrachten. Entgegen der überlieferten Annahme, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer*innen sei eine unproblematische Bedingung für das Aufkommen des Kapitalismus gewesen, war die Mobilität der Arbeitskräfte stets umstritten.

Beginnend mit der „Middle Passage“, dem transatlantischen Sklavenhandel im 18. Jahrhundert, war die Mobilität der Arbeitskraft geprägt von Zwang und Gewalt einerseits und vom Widerstand der Versklavten oder vorgeblich „freien“ Arbeitsmigrant*innen andererseits. Das Verwischen oder Aufheben der Grenzen zwischen „erzwungener“ und „freiwilliger“ Migration war kennzeichnend für die wichtigsten Etappen in der Geschichte der Migration im Kapitalismus.

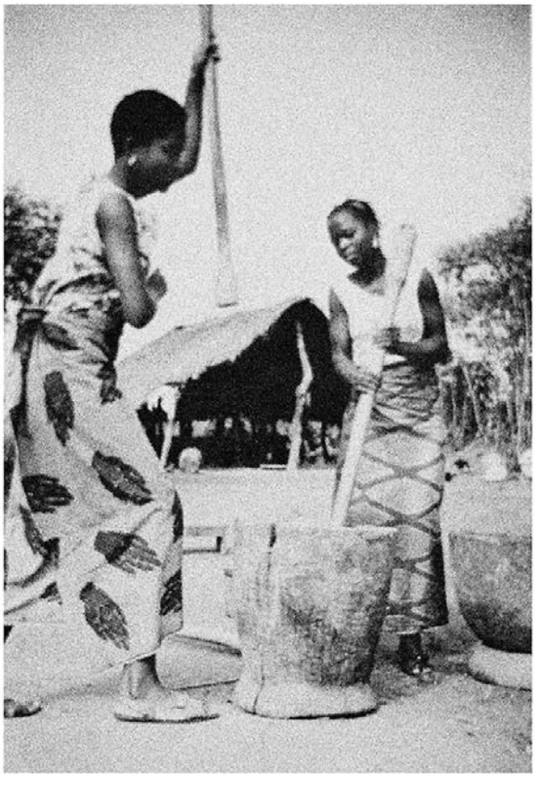
Betrachten wir Arbeitsmigration als Konfliktfeld, so ergibt sich daraus zweierlei: erstens eine Politisierung von Mobilität und damit einhergehend Momente des Widerstands, des Kampfes, der Autonomie, aber auch der Gewalt und Enteignung. Und zweitens, dass der Kapitalismus die Mobilität von Arbeitskraft in Vergangenheit und Gegenwart stets hoch bewertet hat, sie zugleich aber auch vielfältiger, historisch wandelbarer Disziplinierung und Begrenzung unterwarf.

Zudem zeigt sich, dass Staat und Nation in diesem Prozess eine große Rolle gespielt haben. „Nationalistisch“ gesinnter Widerstand gegen Migration war mindestens seit dem späten 19. Jahrhundert eine wiederkehrende

Begleiterscheinung des Kapitalismus. Eines von vielen Beispielen dafür sind die „nativistischen“ Proteste gegen die Einwanderung aus Übersee in den USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Damals kamen „ungelernte“ Arbeiter*innen aus Süd- und Mitteleuropa ins Land, die große Bedeutung für den Prozess der Massenindustrialisierung hatten. Dieselben Einwanderer beteiligten sich später maßgeblich an Arbeitskämpfen und am Entstehen der revolutionären Gewerkschaftsbewegung „Industrial Workers of the World“. Der Konflikt zwischen nativistischem Widerstand gegen Migrant*innen und dem Bedarf des Kapitals an mobilen Arbeitskräften verstärkte den Druck auf Erstere und verbreitete ein Gefühl der Unsicherheit.

> „Man könnte sagen, dass der heutige Umgang mit Migration von einer ‚logistischen‘ Fantasievorstellung geprägt ist, die in Ausdrücken wie ‚just-in-time‘ oder ‚bedarfsgerecht‘ zur Geltung kommt.“

In den vergangenen Jahrzehnten wurden solche Konflikte unter den Bedingungen zunehmender Flexibilisierung der Arbeitskraft und der Wirtschaft allgemein ausgetragen.



6

Migrant*innen spielen dabei weiterhin eine Schlüsselrolle, weil ihre Arbeitskraft in vielen Branchen, von der Bauindustrie bis hin zur Pflege, weiterhin unverzichtbar ist. Neu ist, dass sich Wanderrouten und Migrationsverläufe heute komplexer gestalten und dass sich auch die Zusammensetzung der Migrant*innengesellschaften dramatisch verändert, weil immer mehr Frauen aus- bzw. einwandern. Patriarchale Strukturen und Geschlechterrollen geraten damit unter Veränderungsdruck.

In der Folge veränderten sich auch die Techniken zur Steuerung von Migration und die Verfahren zur Anwerbung von Migrant*innen , „Risiken“ und „Fertigkeiten“ wurden zu den maßgeblichen Kriterien. Die Entwicklung und Anwendung solcher Verfahren verschränkt sich mit dem Ausbau der sicherheitsstaatlichen Abschottung und führt insgesamt zur Entstehung neuer Grenzregime.

Im kritischen Begriff des Grenzregimes kommt zum Ausdruck, dass immer mehr „wirtschaftliche“ und „humanitäre“ Akteure auf das staatliche Grenzmanagement Einfluss nehmen und dieses damit vielfältigen Logiken unterwerfen. Man könnte sagen, dass der heutige Umgang mit Migration von einer „logistischen“ Fantasievorstellung geprägt ist, die in Ausdrücken wie „just-in-time“ oder „bedarfsgerecht“ zur Geltung kommt. Dabei ist klar, dass Migration eine eigene Dynamik hat und sich dieser Erwartungshaltung und Denkweise kaum unterwerfen wird. Hinter dem, was ich „logistische“ Fantasievorstellung nenne, steht aber nicht zuletzt die verbreitete Einsicht unter Politiker*innen und Wirtschaftseliten, dass Migration für das Funktionieren des zeitgenössischen flexiblen Kapitalismus weiterhin notwendig ist. Dieser Konsens arbeitet gegen die Tendenz zur nationalen Abschottung, deren Zeugen wir derzeit sind.

Bedenkt man die so verstandene „Notwendigkeit“, aber auch die Entschlossenheit derer, die noch unterwegs oder schon angekommen sind, so ergibt sich daraus, dass weltweite Migration ein bestimmendes Merkmal unserer Zeit bleiben wird. Die Überlebens- und Behauptungskämpfe der Migrant*innen sowie die politischen Auseinandersetzungen über Migration werden entscheidend sein für das Entstehen neuer Arten des Zusammenlebens. Ein Zusammenleben, das über Staat und Nation und deren Doppelbindung an das Kapital hinausgehen könnte.

Sandro Mezzadra lehrt politische Theorie an der Università di Bologna. Er beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Globalisierung, Migration und Staatsbürgerschaft sowie mit postkolonialer Theorie. Am 24. und 25.3. spricht er über Migration im Spannungsfeld zwischen der Logik des Kapitalismus und der Ausgrenzungslogik des Nationalstaats und beschäftigt sich mit der Entstehung neuer politischer Subjektivitäten.

STAATSBÜRGERSCHAFT VON UNTEN

Kim Rygiel über Citizenship, Sicherheit und die Kämpfe der Migrant*innen

1950 stellte Hannah Arendt in ihrem Buch *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft* fest*:*

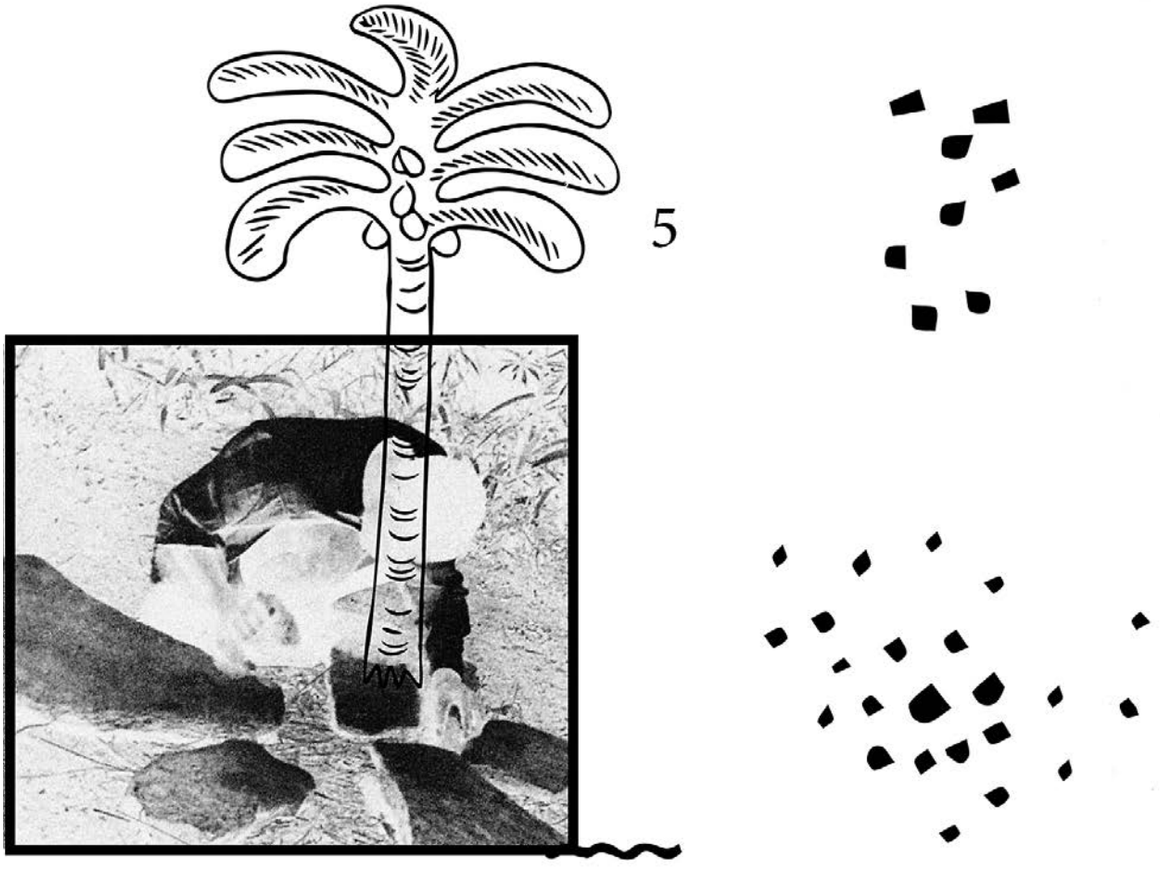
„Nie war unsere Zukunft unvorhersehbarer, nie waren wir so sehr politischen Kräften ausgesetzt, von denen wir nicht erwarten können, dass sie sich an die Regeln des gesunden Menschenverstandes und Eigeninteresses halten. Gemessen an vorangegangenen Jahrhunderten erscheinen diese Kräfte als schierer Wahn. Es ist, als habe sich die Menschheit aufgespalten in diejenigen, die an eine Allmacht des Menschen glauben (die meinen, alles sei möglich, wenn man es nur versteht, die Massen dahingehend zu organisieren), und andere, deren Leben von der Erfahrung der Ohnmacht geprägt ist."

Sie könnte das ebenso gut heute geschrieben haben.

Arendt erkannte am Ende des Zweiten Weltkriegs etwas, das Regierungen seither „Flüchtlingsproblem" (neuerdings „Migrationskrise") nennen: Wer keinem Nationalstaat angehört, verliert „gerade diejenigen Eigenschaften, die es anderen Menschen ermöglichen, in ihm [ihr] den Mitmenschen zu erkennen". Unser Staatensystem ermöglicht erst die Gewalt gegenüber Geflüchteten, erkennbar an der steigenden Zahl der Toten entlang der Grenzen Europas.

Die Behörden reagieren auf diese Menschen nicht mit einer Öffnung und Erweiterung der politischen Gemeinschaft, sondern mit militärischer und polizeilicher Absicherung der Staatsbürgerschaft. Citizenship äußert sich zunehmend in globalisierter Form als Steuerung des grenzüberschreitenden Menschenverkehrs. Letztlich geht es dabei darum, alle fernzuhalten, die gerade nicht „erwünscht" sind. Zugleich beginnen die Migrant*innen, sich zu wehren und Rechte einzufordern. Ihre Kämpfe kann man als „Citizenship von unten" betrachten. Wenn man diesen Prozess weiterdenkt, führt das zu der Frage, ob die grenzüberschreitenden Bewegungen nicht auch eine Verschiebung der Grenzen selbst bewirken können.

Kim Rygiel ist Dozentin für Politikwissenschaften an der Wilfrid Laurier University und der Balsillie School of International Affairs. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Grenzsicherheit, Migration und Staatsbürgerschaft. Sie ist Autorin des Buches *Globalizing Citizenship* und wurde mit dem ENMISA Distinguished Book Award ausgezeichnet. Am 24. und 25.3. spricht sie über die politische Praxis des „Regierens mittels Citizenship" und schaut zusammen mit Keller Easterling und Bernd Kasparek auf Ausnahmezonen – von der Freihandelszone bis zum Abschiebelager.



MOBILE COMMONS

Brigitta Kuster über alternative Wege durch Europas Grenzen

Das Sprechen über die Steuerung von Migration geschieht immer komplementär zu Konzepten von Bevölkerung und Territorialität, die sich an Staatlichkeit binden. Und die etymologische Nähe von Staat, Stasis und Statistik ist mehr als eine Marotte: Denn sie alle zählen und verzeichnen, um Substanz zu bilden. Man wird gezählt oder man zählt nicht.

Angesichts des biometrisch verwalteten Schließungsprozesses, der sich seit dem so genannten Sommer der Migration 2015 an europäischen Grenzen beobachten lässt, müssen wir den Blick aber auf das Unverfügbare, das Unerwartbare, ja das Unzählbare der Migration richten. Auf das, was sich trotz allem innerhalb dieser kontrolltechnologischen Apparaturen organisiert.

Die Transitmigrant*innen könnten uns lehren, wie sich Sozialität in Europa unter den technologischen Verflechtungen unserer Zeit verändern muss und anders denken lässt. *Mobile commons* nennen wir beispielsweise die Fähigkeit, entgegen staatlicher Intentionen und Restriktionen grenzüberschreitend mobil zu sein. Der Begriff steht für das sozial verteilte Potenzial in Off- und Online-Kommunikation, und für die Sicherung von Informations- und Vermittlungsinfrastrukturen für neue Migrant*innen.

In der Notwendigkeit, eine Grenze im Zweifel irregulär zu überqueren, folgen die *mobile commons* einer moralischen Ökonomie nach dem Prinzip: Du sollst es einmal weiter bringen als ich, du sollst es besser haben. Umgekehrt lässt sich an der Frequenz mikrofaschistischer Äußerungen wie dem typisch deutschen „Dir soll's auch nicht besser gehen als mir" der Zerfall der moralischen Ökonomie Europas bestimmen.

Brigitta Kuster ist Künstlerin und Kulturtheoretikerin mit Schwerpunkt auf Bild- und Filmwissenschaften, Postkolonialismus und Migrationsforschung. Derzeit arbeitet sie an einem filmischen Langzeit-Projekt über das Nachwirken des Kolonialismus in Kamerun. Am 23., 24. und 25. spricht sie über den Zivilisationsbegriff und dessen Gegenspieler im Verhältnis zu „Kultur", diskutiert John Bergers experimentelle Topographie der Subjektivität von Arbeitsmigrant*innen sowie „mobile commons", und fragt zusammen mit In Koli Jean Bofane, wie Zukunft neu erfunden werden kann.

BÜRGERIN UND BÜRGER WAR GESTERN

Ramzi Kassem über die Ausbürgerung und Abschiebung von Amerikaner*innen unerwünschter Herkunft

Zahlreichen amerikanischen Staatsbürger*innen jemenitischer Herkunft sind in den vergangenen Jahren von der US-Botschaft im Jemen die Pässe entzogen worden. Im Zuge eingehender Verhöre unterschrieben die Betroffenen unter Zwang Geständnisse, wonach sie unter falschen Namen in die USA eingereist seien. Daraufhin verweigerte die Botschaft nicht nur die Herausgabe der Pässe, sondern auch jede Erklärung sowohl über den Vorgang als auch darüber, wie man dagegen vorgehen könnte. Ebenso wenig gab es Auskunft darüber, wie diese amerikanischen Bürger*innen ohne Pass in die USA zurückkehren sollten. Für einige von ihnen mussten meine Kolleg*innen und ich Widersprüche einlegen und Klage erheben.

Mit ihrem Vorgehen im Ausland betreiben die amerikanischen Behörden eine erzwungene Ausbürgerung, die im Widerspruch zur US-Verfassung steht. Das Recht, in die Vereinigten Staaten zurückzukehren, wie das Verbot unfreiwilliger Ausbürgerung sind im *Fourteenth Amendment Citizenship Clause* ausdrücklich festgehalten. Zudem haben die weit reichenden aggressiven Verwaltungsakte schwer wiegende Folgen: Menschen ohne Pass sitzen im Ausland fest, weitab von der Heimat, ihren Familien und ihrer Arbeit. Ohne Möglichkeit, ihre staatsbürgerlichen Rechte in Anspruch zu nehmen.

Um zu verstehen, wie es so weit kommen konnte, hilft ein Blick auf die jüngste Geschichte. Seit dem 11. September 2001 betreiben die US-amerikanischen Strafverfolgungsbehörden aggressive Terrorismusbekämpfung. Sie spionieren, erstellen bevölkerungsstatistische Karten zur Erfassung von Minderheiten und zweckentfremden verschiedene Abläufe in den Einwanderungsformalitäten. Das alles, um Druck auf die ohnehin schon dämonisierten Muslim*innen im Land auszuüben. Der willkürliche Entzug von Pässen ist nur eines von mehreren repressiven Verfahren. Er fällt nun als scharfe Waffe in die gierigen Hände der Trump-Regierung.

Ramzi Kassem ist Anwalt und Rechtswissenschaftler an der City University of New York, wo er die Immigrant & Non-Citizen Rights Clinic sowie das Projekt CLEAR leitet. Er vertritt u. a. Häftlinge verschiedener Nationalitäten, die in US-amerikanischen Haftanstalten des In- und Auslands festgehalten werden. Am 24. und 25.3. spricht Ramzi Kassem darüber, wie der so genannte Krieg gegen den Terrorismus die bisher geltenden Regeln der Macht außer Kraft gesetzt und durch neue ersetzt hat, sowie über den kürzlich von der Trump-Regierung verkündeten „Muslim Ban".

Ann Cotten

Nationalismus, zirkuläre Zeit

Der Werjaguar jagt seinen Schwanz. Ich hoffe es geht Dir gut und der Endspurt vor Jahresende
gestaltet sich nicht.
O nein, er gestaltet sich nicht, ich werde lediglich durch ihn in ihn hineingespült.
Ich frage mich, wer ich bin, wenn ich zwischen den Buchstaben aufschaue
und blinzelnd auf eine Frau schaue, die für Touristen traditionelle Tücher näht.
Neben ihr haut ein Mann einen Jaguarkopf aus Holz mit einem Meißel,
reißt das Gesicht mit Bleistift, nutzt seine Kunst für immer das Gleiche.

Während ich versuche, nicht zu sein, was ich bin, mache ich immer das Gleiche.
Feierlichkeit, die alles nicht sein will, gestaltet sich nicht. Es brennt ein Feuer
in mir, das nicht weiß, wo es hin soll, ohne was zu verbrennen, Geißel,
die Menschen meidet, durch Wiederholung einer Geste gegerbt, sozusagen reingespült.
Während das Schicksal mich in die Welt, sie durchquerend, eher webt als näht,
verdauts mich, ich werde zu Stoff den anderen. Bis ich wieder aufschaue

und eine Kirche sehe, deren Decke die Straßenstruktur ihrer Kolonie auf beschauliche
Weise reproduziert, und dann, stell dir vor, jeden Tag diese Karos, immer das gleiche
Waffelmuster, schlimmer als die Backstein~~logik~~gotik Brandenburgs! Da heißt es, das Schicksal
näht,
der Mörtel nähert sich dem Ende wie der Faden, und man ist mit dem neuen Material ein Neuer
und vergisst das wieder beim Neubeginn des Alten. Die Nadel in den Fingern als Meißel
im Gesicht gräbt Falten, die sagen, auf welchem Meer man hereingespült

gekommen ist, wo man aufschaut, plötzlich im Jetzt, das Sein spürt
als Keule oder Injektion von Jetzt, wo ich seit der Geburt erstmals aufschaue
und schreie, ich will vielleicht doch leben, wo man LKW-Anhänger schweißen
lernt mit Musik von Dasein, Rhythmus mit Witz, von mir aus immer das Gleiche,
Hauptsache man tut es, und nicht in modischen Kleidern, die ein schwitzender Arbeiter nähte,
Scham empfindet vom Hereingeborensein. Man kauft, wartet, gestaltet sich nicht,

gerade dadurch, dass man glaubt, sich zu verwirklichen, zieht man das Konzeptuelle
abstrakt über sein Leben, verhindernd, dass das Leben über einen hereingespült
kommt wie ein Haufen Arbeit, der, während er kleiner wird, wächst. Der Schöpfer ist ausgeliefert
und näht,
weite Gegenden von Seide, Kunstseide, Sisal: sein Preis, seine Abgeschiedenheit, von der ich
aufschaue,
die Verarsche der Touristen durch Kollektive ist eine Art Musik, wenn auch immer die gleiche,
Kunst des schnellen Reagierens. Aus dem Schatten fauchen neue Jaguare, ihr Speichel

Schaum vor dem Maul der Pferde Neptuns, des Sandes unendliche Meißel.
Der Sand gestaltet sich nicht, jedes Korn will unendlich zu Boden und wird
durch Wellen von alles betreffender Wildheit hoch-, zugleich weiter- und kleiner gespült
durch die Reibung am anderen, Unterschied neben Unterschied, die Oberflächen immer gleicher.
Wenn ein Fisch oder ein Seevogel sich durch die Wogen duckt, könnte man meinen, er näht,
ohne Faden. Der Faden ist die Schwäche vom schaudernden Menschen, der nicht loslassen kann.
Wenn ich aufschaue,

vergesse ich alles, aber ich bin es, aufschauend: auf das Bächlein, der großen Steine Meißel
mit seiner Linie, die es so eilig näht, Richtung Wiederholung, gestaltet sich nicht, wird gestaltet,
indem sie da ist, während sie sich vergisst, immer gleich anwesend, in wilden Figuren ausgespült.

Ann Cotten veröffentlichte 2007 ihr erstes Buch, *Fremdwörterbuchsonette*. Die Schriftstellerin arbeitete mit der bildenden Künstlerin Kerstin Cmelka zusammen und tritt mit Monika Rinck und Sabine Scho in der Rotten Kinck Schow auf. Ihre jüngsten Veröffentlichungen sind *Verbannt!* (dt) und *Lather in Heaven* (engl), demnächst erscheint *Jikiketsugaki* (dt). Am 25.3. widmet sich Ann Cotten der „Utopie als Knoten in der Zunge“ sowie dem Afrofuturismus und fragt, mit welcher Sprache sich eigentlich über einen besseren Staat als dem Nationalstaat sprechen lässt.

DIE JETZTZEIT DER MONSTER
WHAT COMES AFTER NATIONS?
23.–25.3.2017

Donnerstag 23.3.

19 – 21h
Präsentationen, Performance
Das Nationalstaatensystem
Cemil Aydin, Kudzanai Chiurai, Lawrence Liang

21 – 23h
Dokumente, Präsentationen
Der Zivilisationsstandard – Eine Geschichte der Kontinuität
Antony T. Anghie, Brigitta Kuster, Christian Nyampeta, David Scott

Freitag 24.3.

12 – 16h
Thesen, Diskussionen
Migration – Talking Migration
Avery F. Gordon, Bernd Kasparek, Ramzi Kassem, Brigitta Kuster, Sandro Mezzadra, Kim Rygiel, Isabelle Saint-Saëns, Zoran Terzić

17 – 19h
Dokumente, Präsentationen
Der Zivilisationsstandard – Recht und Krieg
Avery F. Gordon, Slavenka Drakulić, Ramzi Kassem

Konversationen
17.30 – 18.30h
Which Humans Have Human Rights?
Boaventura de Sousa Santos & Samar Yazbek

19 – 20h
Have Nations Killed Cosmopolitanism?
Arjun Appadurai, Cemil Aydin & Rana Dasgupta

20.30 – 21.30h
What is the Space of Exception?
Keller Easterling, Bernd Kasparek & Kim Rygiel

19 – 20h
Präsentation
Das Nationalstaatensystem
David Scott

20 – 22h
Dokumente, Präsentationen
Der Zivilisationsstandard – Vom „Recht auf Handel“ zur „Good Governance“
Antony T. Anghie, In Koli Jean Bofane, Susan George, Lawrence Liang

Samstag 25.3.

12 – 13.30h
Performance, Diskussion
Migration – Das Recht, Rechte zu haben
Patrick Bernier & Olive Martin

14 – 16h
Diskussionen
Migration – Unruly Thinking
Bernd Kasparek, Ramzi Kassem, Brigitta Kuster, Sandro Mezzadra, Kim Rygiel, Isabelle Saint-Saëns, Zoran Terzić

17 – 20.30h
Präsentationen, Lecture-Performances
Staatstechnologien
cinéma copains (Arne Hector & Minze Tummescheit), Keller Easterling, Charles Lim Yi Yong, Boaventura de Sousa Santos, Felix Stalder, Samar Yazbek

Konversationen
17 – 18h
The New Machismo
Arjun Appadurai & Slavenka Drakulić

18.30 – 19.30h
How is the World Governed, and Towards What End?
Antony T. Anghie & Susan George

19.30 – 20.30h
Reinventing Futures?
In Koli Jean Bofane & Brigitta Kuster

21 – 22.30h
Lecture, Lecture-Performance
Das Nationalstaatensystem
Hito Steyerl, Ann Cotten

Alle Veranstaltungen mit Simultanübersetzung ins Deutsche und Englische

hkw.de/monster

WHAT COMES AFTER NATIONS?

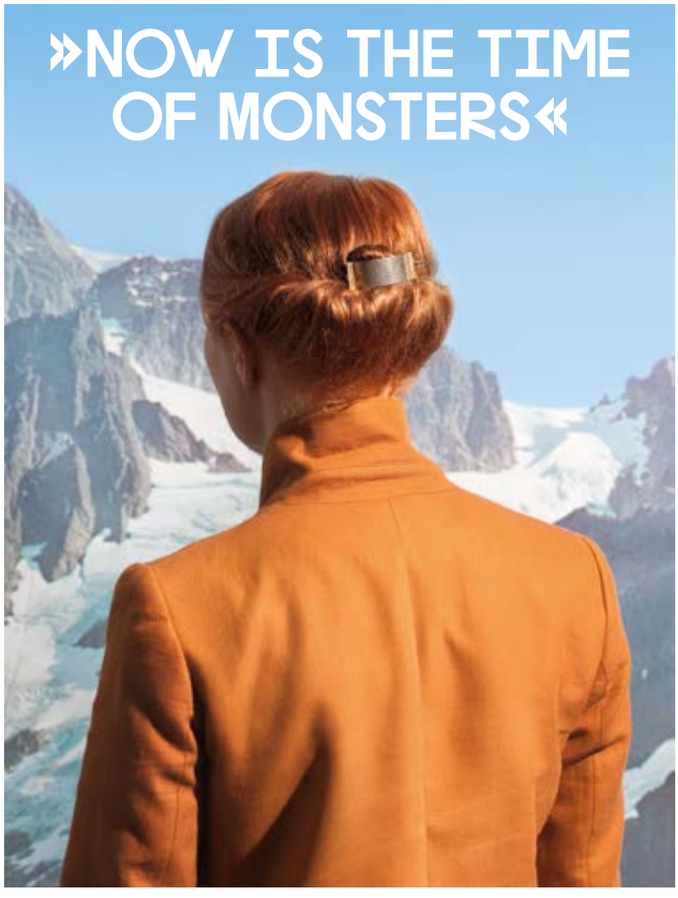
Rana Dasgupta, Nanna Heidenreich und Katrin Klingan zum Projekt

Eine zentrale politische Ordnungsidee prägt die Gegenwart: der Nationalstaat in seinem globalen Regelwerk, wie er als neue Weltordnung nach der Pariser Friedenskonferenz 1919 entstanden ist. Er hat sich so tief in zeitgenössisches Denken und Handeln eingeschrieben, dass andere Formen politischer Organisation unvorstellbar geworden sind, obwohl es ernst zu nehmende Gegenentwürfe wie transnationale Visionen antikolonialer Bewegungen und den kommunistischen Internationalismus gab.

Die Jetztzeit der Monster widmet sich – in Anknüpfung an ein Zitat von Antonio Gramsci – den gegenwärtigen Erscheinungsformen des nationalstaatlichen Ordnungsgefüges, untersucht seine Ausschlussmechanismen sowie die darin strukturell verankerte Gewalt und stellt die entscheidende Frage: Was ist jenseits des Nationalstaatensystems denkbar? Heute, angesichts sich ausbreitender Neo-Nationalismen und der Unzulänglichkeiten des Nationalstaatensystems gegenüber weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen, gilt es, Zonen politischer Gestaltungsfreiheit und radikaler ideeller Setzungen zurückzuerobern.

Vom 23.–25. März 2017 verhandeln internationale Teilnehmer*innen aus Kunst, Literatur, Theorie und Wissenschaft vier Themenfelder: Wie kam es, dass das Nationalstaatensystem alle anderen Vorstellungen politischer Organisation ablöste, und was ist in diesem Prozess verloren gegangen? Wie schreiben sich Ungleichheit und asymmetrische Machtverhältnisse im internationalen Staaten- und Rechtssystem fort? Wie ermöglicht Migration ein radikal anderes Denken bestehender Strukturen? Wie lässt sich die aktuelle Rolle des Staats im Beziehungsgeflecht von Globalisierung und Finanzkapitalismus verstehen und wie beeinflusst dieses Verständnis das tatsächliche Wesen des Staats?

Die Jetztzeit der Monster verfolgt eine zweifache Suchbewegung. Zum einen soll Gewalt als Strukturprinzip sichtbar gemacht werden. Zum anderen folgen wir den Spuren des Fundaments heutiger Verhältnisse in der Geschichte: den Ausschlüssen, Auslagerungen und Vertreibungen. Dabei kommen alternative Erzählungen von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zur Sprache, denn sie ermöglichen nicht zuletzt, sich das längst Verworfene zu vergegenwärtigen. Wir wollen einen Raum schaffen, durch den die Gegenwart wieder lesbar wird, indem wir ihre historischen Bedingtheiten dekonstruieren und damit ein Denken über das Nationalstaatensystem hinaus ermöglichen.



Lonneke van der Palen – *Souvenir*

Ausführliches Programm, Biografien der Beteiligten, Zusatzmaterialien: hkw.de/monster

*Kurator*innen*: Rana Dasgupta, Nanna Heidenreich, Katrin Klingan

Herausgeber: Haus der Kulturen der Welt, John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin
V.i.S.d.P: Silvia Fehrmann
Redaktion: Kirsten Einfeldt, Elisabeth Wellershaus, Hannah Jacobi, Janek Müller, Laida Hadel
Grafik: NODE Berlin Oslo
Druck: prima Rotationsdruck Nord GmbH & Co. KG, Wittenburg

Das Haus der Kulturen der Welt (HKW) hat alles unternommen, um die notwendigen Verwertungsrechte einzuholen und korrekte Rechteangaben zu machen. Sollte dennoch ein Rechteinhaber übersehen worden sein, bittet das HKW um entsprechende Mitteilung.

Alle Bilder © Christian Nyampeta, auf S. 3, 4, 11 und 12 basierend auf Fotografien von Charles Duvelle, auf S. 6 basierend auf einer Vorlage von Francis Bebey

Das Haus der Kulturen der Welt ist ein Geschäftsbereich der Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH.
Intendant: Bernd Scherer
Kaufmännische Geschäftsführerin: Charlotte Sieben

HKW gefördert von

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Auswärtiges Amt

HKW
Haus der Kulturen der Welt